Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Kampfdrohnen im Blindflug

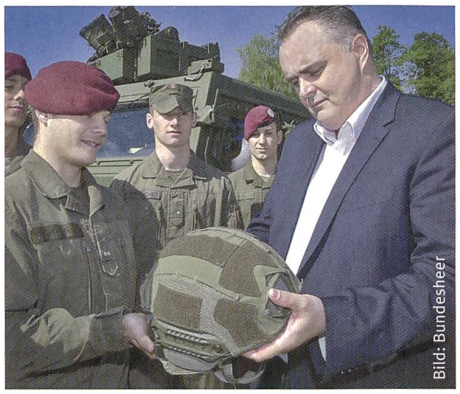
Wegen der Beschwerde eines US-amerikanischen Rüstungsunternehmens wird die Beschaffung von 5 HERON TP (Kampf-)Drohnen israelischer Herkunft für die Bundeswehr weiter verzögert. Wie kam es dazu? Bereits 2015 äusserte die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen ihren Wunsch nach der Wiederaufnahme des Euro-Hawk-Projekts. Dieses stürzte schon früher einmal auf Grund von Formalitäten ab. Neu ging es dann im letzten Jahr darum, wenigstens die bereits entwickelte Technik in anderen Drohnentypen fliegen und testen zu lassen. Nur, ein truppentaugliches Produkt wird – sofern infolge anhaltender Kostenüberschreitung nicht das totale Grounding eingeleitet wird – nicht vor 2025 erwartet. Um also die vom Verteidigungsministerium verordnete Fähigkeitslücke zu schliessen, ordnete der oberste deutsche Militär und Generalinspekteur General Volker Wieker bereits Anfang Jahr die Anschaffung von HERON TP Drohnen des Herstellers Israel Aerospace Industries (IAI) an. Nun hat ihm allerdings der Konkurrent General Atomics (Produzent der PREDATOR Drohne) einen Strich durch die Rechnung gemacht. Offenbar sei bei der Vergabe des Auftrags nach Israel nicht alles korrekt abgelaufen. Da es sich bei waffenfähigen Drohnen ohnehin immer um politisch heikle Geschäfte handelt, scheint es naheliegend, dass Deutschland vom schlechten Ruf der PREDATOR, welche in unzähligen «targeted killing»-Projekten der US-Regierung eingesetzt sind, Abstand nehmen wollte. Andererseits sah das mit den Israelis ausgearbeitete Stationierungskonzept für deutsche HERON TP vor, die Systeme gänzlich in Israel zu belassen, eine genügende Anzahl Offiziere der Bundeswehr zwecks Ausbildung dorthin abzukommandieren und den Betrieb des Unterfangens direkt dem Airbus Konzern zu übertragen. Die Absicht dahinter war, wichtige Erkenntnisse für das eigene, europäische Drohnenprojekt zu gewinnen. Über die Bewaffnung wurde Geheimhaltung verordnet. Geplant war ursprünglich, die HERON TP ab 2019 der Truppe zu übergeben, was aber derzeit nicht mehr als realistisch gilt. Bereits ab November wird die Bundeswehr jedoch drei von Israel geleaste unbewaffnete HERON 1 im Auslandeinsatz zugunsten der UNO-Mission in Mali einsetzen. Deutschland löste dort mit ihrem Aufklärungselement die Niederländischen Kräfte ab, welche bei ihrem Abzug auch die eigenen Drohnensysteme zurücknahmen.

HERON TP. Bild: Israel Aerospace Industries

Österreich

Bundesheerreform 2018

Ursprünglich als Sparübung angekündigt, wird sich Österreich nun doch auf das aktuelle Umfeld und die Lage anpassen. Bis 2020 bekommt das Bundesheer zusätzliche 1,3 Mia. Euro. General Othmar Commenda spricht als Generalstabschef wortwörtlich von einem Traum. Unter den Eckpunkten «Stärkung der Truppe» und «Straffung der Kommanden» strukturiert sich das Bundesheer nun grundlegend neu. Verteidigungsminister Doskozil ist überzeugt, dass damit seine bereits bei Amtsantritt angekündigte Reform die richtige Antwort auf die neuen hybriden Bedrohungen und den Terrorismus ist und erklärt: «Wir werden hinkünftig weniger Kommanden haben, wir werden unsere Reaktionsfähigkeit erhöhen, die Einsatzkräfte stärken und die Ministerialbürokratie straffen. So ist das Bundesheer für die Herausforderungen und Aufgabenstellungen der Zukunft bereit.» Das heisst, Österreich wird vier Kommandos erhalten: Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte, Logistik sowie Führungsunterstützung und Cyber Defence. Auf das Streitkräfteführungskommando wird verzichtet und bewusst die beiden Teilstreitkräfte Land und Luft gebildet. Das Kommando Landstreitkräfte wird zudem bis 2020 mit bis 9800 Soldaten aufgestockt, dafür werden fünf neue Bataillone gebildet und diese direkt den (regionalen) Militärkommanden unterstellt. Entsprechend wird jedes Bundesland ein eigenes aktives Jägerbataillon sowie ein Jägerbataillon der Miliz erhalten. Der Personalbedarf wird mit einer Änderung des Arbeitsverhältnisses geregelt. Nicht mehr durch junge Zeitsoldaten, sondern mittels eines «Lebensarbeitszeitmodells» will man Fachwissen und Loyalität bis hin zur Pension sicherstellen. Die (Grund-)Ausbildung wird ebenfalls regionalisiert, die Logistik- und Infrastrukturbewirtschaftung dezentralisiert und zusätzlich zu den territorialen und militärbehördlichen Aufgaben der Bundesländer werden auch Einsatzführungsaufgaben an die Länder abgegeben. Die zusätzliche Stärkung der Miliz soll bereits bis 2018 durch Bildung von zwölf Kompanien begonnen und ab dann noch intensiviert werden. Bereits jetzt wurden 20000 neue Helme bestellt, Ersatz für den Puch-G und Pinzgauer beschafft, die Black-Hawk-Flotte vor dem Sparzwang gerettet, neue Transporthelikopter angekündigt sowie die Herkules Flugzeuge upgedatet.



Doskozil präsentiert den neuen Helm.

Vereinigtes Königreich

Militärische Innovationskampagne für die Wirtschaft?

Kurz vor dem G20-Gipfel in China liess die britische Premierministerin Theresa May verlauten, dass die negativen Konsequenzen auf die Wirtschaft wohl doch nicht so schlecht ausfallen werden wie vorerst angenommen. Dennoch, so May: «Es wird keine einfache Sache.» Im Lichte dieser Vorahnung hat nun das britische Verteidigungsministerium einen Innovationsfond von 800 Mio. Pfund geäufnet. Er bezweckt, dass Private und Unternehmen ihre Ideen hinsichtlich möglicher Zukunftstechnologien der staatlichen Rüstungsplanung zur Verfügung stellen. Über einen Zeitraum von zehn Jahren soll dem Verteidigungsministerium auf diese Weise ermöglicht werden, auf dem neusten Stand zu bleiben. Die Absicht des Fonds ist, sobald ein Projekt als «tauglich» erklärt wird, mittels kurzen Entscheidungswegen finanzierbare Antworten auf aktuelle Bedrohungen liefern zu können. Ein noch zu definierendes Gremium soll als Drehscheibe beschleunigend auf die Abläufe einwirken. Bereits gibt es mehrere Vorzeigeprojekte, welche als Beispiele für die Innovationskampagne genannt werden. Eine flügelschlagende Minidrohne nahm sich die Libelle zum Vorbild und soll zukünftig in urbanem Gebiet das Beschaffen von Nachrichten unterstützen; ein Quantengravimeter der Universität Birmingham würde den Blick auf unterirdische Strukturen innert weniger Minuten rechnen können; ein Boden-Luft-Laserdemonstrator soll das Potential für eine revolutionierte Luftabwehr aufzeigen und mit speziellen Brillen können Soldaten gegnerische Truppen, Flug- oder Fahrzeuge im «augmented Reality»-Modus bekämpfen. Der britische Verteidigunsminister Sir Michael Fallon fasst seine Absichten zur Innovationskampagne wie folgt zusammen: «Während wir Grossbritanniens Sicherheit stärken, wird unsere Wirtschaft mit den hellsten Köpfen unterstützt. Das hilft uns, immer einen Schritt vor unseren Gegnern zu bleiben.»

Training in der Hyper-Realität. Bild: UK Ministry of Denfence

Finnland

Neue Wege gegen Russland

War's das also mit der finnischen Neutralität? Das Land mit seiner 1300 km langen Grenze zu Russland hat definitiv einen Bündnispartner gefunden. Der finnische Verteidigungsminister Jussi Niinisto erklärte, dass er beabsichtige, bis Ende Herbst dieses Jahres mit den USA ein Sicherheitsabkommen zu schliessen. Unabhängig davon, welcher Kandidat an den US-Wahlen zum Präsidenten gewählt wird, soll dieses Bündnis den Schutz vor Russland garantieren. So folgt Finnland seinem Nachbarn Schweden, welches seit Juni ein Gastlandabkommen mit den USA unterhält. Dort wurde, nebst dem nachrichtendienstlichen Austausch, gemeinsamer militärischer und ziviler Forschung, dem US-Militär auch erlaubt, auf schwedischem Boden Manöver abzuhalten. Ein Novum für das bisher neutrale Königreich. Deshalb meint der finnische Aussenminister Timo Soini, dass seit der russischen Invasion in der Ukraine die europäische Sicherheitssituation grundsätzlich neu gestaltet wurde und sich Finnland deshalb, genau wie einer seiner wichtigster Partner, nämlich Schweden, hinsichtlich seiner Sicherheit neu zu orientieren habe. Noch im Juni hat der russische Präsident seinem finnischen Amtskollegen Sauli Niinistö klargemacht, dass falls sich dieser der NATO annähern würde, er mehr russische Truppen an die gemeinsame Grenze zu verlegen gedenkt. Insofern scheint die finnische Wahrnehmung richtig, wenn diese wie in einem vor kurzem von der Regierung in Helsinki veröffentlichten 30-seitigen Bericht zur aktuellen Lage des Landes neu definiert wird: das Problem heisst Russland.

USA

Mit Drohnen töten

Im Jahr 2013 erliess die US-Regierung eine Weisung über den Einsatz von Drohnen zur Tötung von Menschen. Eine Richtlinie wurde notwendig, um den Einsatz der Drohnen zu steuern. Schliesslich tötet(e) die US-Armee mehrere tausend Menschen weltweit. Die Richtlinie wurde nun auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Weisse Haus hat die Präsidentielle Richtlinie (Presidential Policy Guidance, PPG) herausgegeben, die US-Diensten seit 2013 als Grundlage für Drohnenmorde dient. Das Dokument ist teilweise geschwärzt. Die Herausgabe erfolgte nicht freiwillig: Die Organisation American Civil Liberties Union (ACLU) führt seit Jahren drei Gerichtsverfahren auf Grundlage des US-Informationsfreiheitsgesetzes, um die Herausgabe von Unterlagen über die gezielten Anschläge zu erzwingen.

Die PPG wurden von Präsident Barack Obama im Mai 2013 erlassen. Er machte damit striktere Auflagen und wollte mehr regierungsinterne Transparenz über Entführungen sowie Morde und andere tödliche Anschläge der USA im «Krieg gegen den Terrorismus» schaffen.

In dem Dokument geht es stets um gezielte Tötungen, andere tödliche Anschläge, oder Entführungen. Immer werden dabei US-Kräfte ausserhalb der USA und ausserhalb von Kriegsgebieten tätig. In der Praxis geht es vor allem um die Genehmigung tödlicher Anschläge mit Drohnen. Gleich zu Beginn des Dokuments wird darauf hingewiesen, dass «internationale Rechtsgrundsätze, darunter Respekt für die Souveränität von Staaten und Kriegsrecht, die Möglichkeiten der USA einschränken,

auf fremdem Territorium einseitig tätig zu werden. Direkte Aktionen sollten nur gesetzt werden, wenn...» – der Rest des Satzes ist geschwärzt.

Obamas Richtlinie unterscheidet zwischen «hochwertvollen Terroristen», des Terrorismus Verdächtigen samt deren Unterstützern sowie weiteren Zielen. Neben den eigentlichen Terroristen gibt es Kämpfer und Nicht-Kämpfer. Ein Kämpfer muss aber nicht unbedingt kämpfen. Er kann auch aus anderen Gründen ein zulässiges Ziel im Rahmen der «Ausübung nationaler Selbstverteidigung» sein.

Darüber hinaus wird zwischen US-Personen und Fremden differenziert. Was genau eine «US-Person» ausmacht, wird in einem geheimen Befehl definiert. Soweit bekannt, fallen unter diesen Begriff Staatsbürger, Inhaber einer Greencard sowie die meisten in den USA registrierten Unternehmen. Mit Tötungen, die als Nebeneffekt von US-Angriffen begangen werden, befasst sich Obamas Richtlinie ausdrücklich nicht.

Die Richtlinie ist 18 Seiten lang und in acht Abschnitten gegliedert: Abschnitt 1 beschreibt den grundlegenden regierungsinternen Ablauf, nach dem Pläne zur direkten Bekämpfung terroristischer Ziele erstellt werden. Abschnitt 2 beschreibt die speziellen Voraussetzungen für die Entführung und «langfristige Erledigung» von Terroristen. Abschnitt 3 widmet sich den politischen Faktoren und dem Prozedere, nach denen die Todesliste der «hochwertvollen Terroristen» erstellt wird. Ähnlich ist Abschnitt 4, wo es um tödliche Einsätze geht, bei denen Personen ums Leben kommen werden, die nicht als identifizierte «hochwertvolle Terroristen» gelten.

MQ-9 Reaper «Sensenmann» Drohne. Bild: US Air Force

Die weiteren vier Abschnitte sind im wesentlichen bürokratischer Natur: Abschnitt 5 behandelt Ausnahmeregelungen, Abschnitt 6 Einsatzberichte, Abschnitt 7 die Information der beiden Verteidigungsausschüsse des US-Parlaments, und Abschnitt 8 möchte ausschliessen, dass die Presidential Policy Richtlinie als Grundlage für Haftungsansprüche gegen die USA herangezogen werden.

Russland

Gläserner Vorhang?

Das russische Verteidigungsministerium zeigt sich gewillt, unilateral seinen akkreditierten ausländischen Militärattachées noch mehr Angaben hinsichtlich Truppenstärke, Ausrüstung und regionaler Aufstellung zu geben. Der Kreml erhofft sich auf diese Weise, die aktuellen Spannungen mit dem Westen in den Griff zu bekommen. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungskomitees des russischen Föderationsrats (Oberhaus der beiden Parlamentskammern) Franz Adamowitsch Klinzewitsch erklärte, dies sei eine Geste des Vertrauens und Wohlwollens und führe zu viel mehr Informationen als dies beispielsweise im von der OSZE im Jahr 2011 verfassten Wiener Dokument der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen vorgesehen ist. Unter anderem wird dort festgehalten, dass Manöver mit einer Beteiligung von mehr als 9000 Soldaten den OSZE-Mitgliedern angekündigt werden müssen. Tatsächlich hat Russland nun im Vorfeld zur Kavkaz-2016 genannten Truppenübung internationale Beobachter zu einem (lediglich) 8000 Soldaten starken Manöver eingeladen.

Dennoch, für die NATO bleiben diese Aktivitäten kritisch. Deshalb meint der stellvertretende NATO-Generalsekretär Alexander Vershbow: «Wenn Russland tatsächlich Stabilität und Vorhersehbarkeit anstrebt, dann geht das nur ohne diese militärischen Übungen.»

Kolumbien

Ist FARC Geschichte?

Nach mehr als 50 Jahren blutiger Auseinandersetzung mit Hunderttausenden Toten haben sich die kolumbianische Regierung und die linken Farc-Rebellen auf ein Friedensabkommen verständigt.

Das unter kubanischer und norwegischer Vermittlung erzielte Abkommen soll das vom Bürgerkrieg zerrissene Land einen und den längsten Konflikt in der Geschichte Lateinamerikas beenden. In der kolumbianischen Hauptstadt Bogota löste der Friedensschluss spontane Feiern in Bars und Parks aus. Das Friedensabkommen soll bei einem Referendum am 2. Oktober die letzte Hürde nehmen.

Vermittler aus Norwegen und Kuba verlasen eine gemeinsame Erklärung der Konfliktparteien und besiegelten damit den Verhandlungsprozess, der fast vier Jahre gedauert hatte. Das Abkommen sieht vor, dass die marxistische FARC ihre Waffen niederlegt und sich in eine politische Partei umwandelt, die zunächst bis 2018 ohne Stimmrecht im kolumbianischen Kongress vertreten sein wird und bei Wahlen antreten darf.

Dreieinhalb Jahre hatten sich die Gespräche der Vermittler-Delegationen in der kubanischen Hauptstadt Havanna hingezogen, oft von neuen Gefechten begleitet. Ende Juni dieses Jahres hatten die Konfliktparteien im Beisein des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon einen historischen Waffenstillstand unterzeichnet.

«Wir haben die schönste aller Schlachten gewonnen», sagte FARC-Chefvermittler Ivan Marquez. «Der Krieg mit Waffen ist vorbei, jetzt kann die Diskussion um Ideen beginnen.» In Kolumbien herrschte seit den 1960er Jahren Krieg zwischen Guerillagruppen, Armee und von der Regierung zeitweise unterstützten rechtsextremen Paramilitärs, der sich an Landkonflikten und sozialer Ungerechtigkeit entzündet hatte. Millionen Menschen wurden durch den Konflikt heimatlos.

Umfragen zufolge dürfte beim Volksentscheid im Okto-

ber eine Mehrheit für das Abkommen zustande kommen. Viele Kolumbianer sorgen sich aber über die Zukunft und begegnen der politischen Beteiligung der FARC mit Skepsis. Die linken Rebellen, die zum Höhepunkt des Konfliktes Ende der 1990er Jahre 17000 Kämpfer zählten, kontrollierten jahrelang weite Teile des Landes. Finanziert wurde ihr Kampf auch durch Drogenhandel und Lösegeld-Erpressungen. In dem Friedensabkommen wurde vereinbart, dass sie für in dem Konflikt begangene Verbrechen nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Afghanistan

Taliban auf dem Vormarsch

Nach Tagen schwerer Gefechte haben die Taliban in der nordafghanischen Provinz Kundus weiteres Territorium erobert. Das Zentrum des Bezirks Chanabad ist in ihre Hände gefallen. Sicherheitskräfte versuchten, sie zurückzutreiben. Nach Medienberichten beschuldigte Bezirksgouverneur Haiatullah Hamidi die Regierung, tagelang keine Verstärkung geschickt zu haben.

Auch im bisher eher friedlichen Bezirk Aliabad sind heftige Kämpfe ausgebrochen. Die Aufständischen haben dort aber bisher keine Regierungsgebäude eingenommen. Die Taliban meldeten in einer E-Mail, dass sie viele Soldaten getötet hätten. Ihre Berichte sind aber oft übertrieben. Zu Opfern unter Sicherheitskräften oder der zivilen Bevölkerung gab es zunächst keine weiteren Informationen.

Jüngst hatten die Taliban erst die Zentren der Bezirke Kala-e Sal und Dascht-e Archi teilweise eingenommen. Somit sind nun alle fünf Bezirke der Provinz Kundus, in der bis 2013 die deutsche Bundeswehr stationiert war, umkämpft oder in Händen der Taliban.

In der Provinzhauptstadt sind die Ängste gross, dass sich der Fall der Provinz aus dem Herbst 2015 wiederholen könnte. Damals war die Stadt Kundus fast zwei Wochen in den Händen der Taliban gewesen. Auch um das zu verhindern, ist nun zeitweise wieder eine kleine Gruppe deutscher Militärberater vor Ort.

In einer jüngst veröffentlichten Analyse des Recherche-instituts «Afghanistan Analysts Network» heisst es, Kundus habe im vergangenen Jahr mehr Angriffe auf Bezirkzentren gesehen als jede andere Provinz. Das Leben in der Provinzhauptstadt sei zum Stillstand gekommen. Die Regierung habe weitgehend aufgehört, zu arbeiten. Gouverneur Assadullah Omarchel wird mit den Worten zitiert: «Ich soll eine ganze Provinz regieren, aber ich bin in der Stadt gestrandet.»

Gebiete unter Kontrolle (rot) oder Einfluss (rötlich) der Taliban.
Bild: Washington Post / Reason.com

Seit Anfang Juli hat sich die Gewalt im Land noch einmal deutlich gesteigert. In der an Kundus angrenzenden Nordprovinz Baghlan haben die Taliban den Bezirk Dahan-e Ghori erobert. Auch hier war bis 2013 die Bundeswehr stationiert. Gegen Baghlan, Kundus und die Südprovinz Helmand richten sich die meisten Taliban-Offensiven.

In einem Bericht des Aufsichtsgremiums des US-Senats für die Hilfe in Afghanistan (Sigar) ging jüngst hervor, dass die Regierung Ende Mai nur noch 65,6 Prozent der 407 Bezirke des Landes kontrollierte. Ende Januar seien es noch 70,5 Prozent gewesen.

Nordkorea

Täglich grüsst der Provokateur

Das Regime in Pjöngjang hat einen Raketentest von einem U-Boot aus gestartet. Das Geschoss soll knapp 500 Kilometer weit geflogen und dann im Japanischen Meer gelandet sein. Es handelt sich um den bisher längsten Flug einer nordkoreanischen U-Boot-Rakete.

Japans Ministerpräsident Shinzo Abe verurteilte den Test als unentschuldbar. Er stelle eine grosse Bedrohung für die Sicherheit Japans und den Frieden in der Region dar. Südkorea reagierte mit der Mobilmachung sogenannter Überwachungstruppen. Das ist aber weitgehend eine symbolische Geste, denn diese Truppengattung befindet sich immer im Einsatz. Die USA verurteilten den Test scharf. China äusserte sich dazu nicht.

Nordkorea hat in den vergangenen Monaten zahlreiche Fluggeschosse abgefeuert, darunter auch Mittelstreckenraketen. Im April dieses Jahres verbreitete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA Fotos vom Start einer U-Boot-Rakete. Diese war nur etwa 30 Kilometer weit geflogen. Machthaber Kim Jong Un persönlich habe den Test überwacht, meldete damals KCNA. Er bestätige die «Verlässlichkeit des koreanischen Unterwasser-Abschusssystems» und erlaube dem Land, jederzeit Südkorea und die USA zu treffen. Nordkorea sind Raketenstarts unter Verwendung ballistischer Raketentechnik per UNO-Resolutionen untersagt.

Pascal Kohler, Henrique Schneider